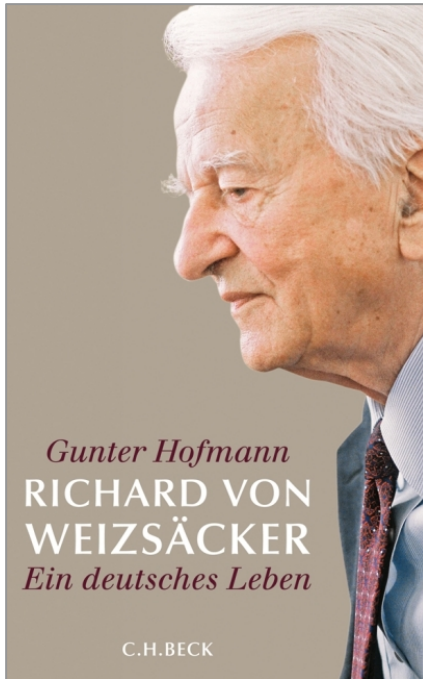


Unverkäufliche Leseprobe



Gunter Hofmann
Richard von Weizsäcker
Ein deutsches Leben

295 Seiten, Leinen
ISBN: 978-3-406-59809-8

Ende der Wartezeit, 1969 war es soweit, Richard von Weizsäcker kam als Abgeordneter in den Bundestag, neunundvierzig Jahre war er inzwischen alt. In die «gewählte Politik», von der sein Vater so wenig hielt.

In Bonn allerdings nahm Willy Brandt das Heft in die Hand, mit Egon Bahr an der Seite, der ihm zuvor schon im Auswärtigen Amt die Linien zu zeichnen half, und natürlich mit dem liberalen Koalitionspartner Walter Scheel (FDP). Noch in der Wahlnacht hatte er sich gegen Herbert Wehner und Helmut Schmidt, die beide lieber die Große Koalition fortgesetzt hätten, für ein Experiment entschieden. Er wollte die kleine Koalition seiner SPD mit den Liberalen, und Walter Scheel traute sich dieses Wendemanöver mit seinen Freidemokraten zu.

Die Mehrheit im Parlament war knapp. Aber Brandt wollte es riskieren, weil er endlich die Chance sah, seine Deutschland- und Ostpolitik zu realisieren. Im Prinzip handelte es sich um die Politik, die auch die Ostdenkschrift der EKD vier Jahre zuvor empfohlen hatte. Eine Chance für den Mit-Autor, sie nun in der Exekutive durchzusetzen, bestand auf absehbare Zeit nicht mehr.

Willy Brandts Regierungserklärung habe bereits den Weg nach Osten geöffnet, zollte er im Rückblick dem sozialdemokratischen Kanzler Respekt. Gebrochen habe er mit dem jahrzehntelang durchgehaltenen Bonner Tabu, welches vorschrieb, die DDR einfach zu ignorieren, sowohl als Staat als auch in der politischen Rhetorik sollte sie wie Luft behandelt – oder allenfalls in Anführungszeichen gesetzt werden, um ihre Legitimität schlicht zu leugnen. Richard von Weizsäcker kommentierte Brandts Umdenken so: «Aber er wollte es so unauffällig wie möglich tun, quasi nebensächlich. Deshalb versteckte er seine zentrale Aussage in einem unscheinbaren Nebensatz: ›Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, so sind sie füreinander nicht Ausland.‹ Da erblickte sie also erstmals in der amtlichen westdeutschen Sprache das Licht der Welt, die DDR als eigener deutscher Staat. Brandt hatte den berühmtesten Nebensatz aller bisherigen Regierungserklärungen geschaffen. Die öffentliche Aufregung kannte kaum noch Grenzen.»¹

Und er? Er musste zusehen. Opposition ist Opposition. So ist sie, die Demokratie! Das Innenleben einer großen, frustrierten Fraktion lernte er fortan kennen und ihre zahllosen Egos. So viele Abgeordnete, so viele Neurosen, seufzte er bald. Aber – er lernte. Das Parlament, in Weimar noch als Schwatzbude denunziert – ihm machte es hörbar und sichtbar Spaß, im Plenarsaal als Redner war er in seinem Element.

Fremdelte er in der Partei, für die er sich schon in den 50er Jahren entschieden hatte, mit seinem ost- und deutschlandpolitischen Denken aus Kirchentagszeiten? Nein, Helmut Kohl, erwidert Richard von Weizsäcker, «muss ja gewusst haben, was ich dachte». Zwar war es dem Mainzer Ministerpräsidenten in erster Linie darum gegangen, wie sich bald zeigte, seine Position im Landesvorstand mit attraktiven Neuzugängen zu stärken und einen Vorposten in Bonn auszubauen. Bei der Suche nach Quali-

fizierten nahm er keine Rücksicht auf Orthodoxien, im Gegenteil, je liberaler und zeitgemäßer, desto besser. Um eine spezielle Haltung in der heiklen Polen-Frage beispielsweise ging es Kohl nicht, aber es störte ihn auch nicht wirklich, wie er darüber dachte, da ist Weizsäcker sich ganz sicher. «Ich hätte mich auch durchsetzen können, es war ihm so oder so recht.» Die Ostpolitik insgesamt überließ Helmut Kohl ohnehin Rainer Barzel.

Dennoch: Ein Motiv für die Differenz zwischen beiden deutete sich früh an. Um beim Beispiel Polen zu bleiben – keinen Zweifel ließ der Neuankömmling 1969 in Bonn, dass er das, was er in der Ostdenkschrift, als Kirchentagspräsident und als Autor vielfach vertreten hatte, nicht etwa aus Fraktionsgehorsam zurückstellen wolle. In den Grundzügen hielt er die Ostvertragspolitik für richtig, das wollte er auch öffentlich wissen lassen. Zu den Realitäten, die er nun zur Kenntnis zu nehmen hatte, zählte aber, dass der Widerstand in der CDU/CSU-Opposition eher noch wuchs.

Wegen der Ostpolitik wollte der Ministerpräsident in Warstellung seine Machtperspektiven nicht gefährden. Und Rainer Barzel, der routinierte Fraktionschef, suchte zwar spürbar einen Konsens über die Vertragspolitik, war aber nicht stark genug, das gegen Franz Josef Strauß und die Fraktionsmehrheit erfolgreich durchzusetzen. Richard von Weizsäcker musste zeigen, wie er dazwischen seinen eigenen Weg geht – ohne das zu verraten, weshalb er in die Politik gegangen war. Wegen Polen!

Schon am Tag nach dem Erfurter Treffen zwischen Willy Brandt und Willi Stoph vom 19. März 1970 machte Rainer Barzel in Erwiderung auf die Regierungserklärung des Kanzlers sein Dilemma ungewollt klar: Mit ihren «Willy, Willy!»-Rufen hatten die Erfurter Bürger ehrlich ausgedrückt, auf wen sie hofften – nicht auf Willi Stoph, sondern auf Willy Brandt, wie die entgeisterten Stasi-Spitzel sorgfältig registrierten. Neidlos musste Rainer Barzel

das für die Opposition anerkennen, zudem wollte er eilig klar machen, dass er kein grundsätzlicher Gegner der Ostpolitik sei. Zu eindrucksvoll, zu eindeutig waren die Bilder aus Erfurt.

Aber wenn das die Absicht war, so misslang sie gründlich. Die sozialliberale Koalition habe das Ziel «Einheit» aufgegeben, warnte Barzel im Plenum, sie verstoße damit gegen die Verfassung und folge sowjetischen Plänen, ja insgeheim werde von den Sozialdemokraten schon in Moskau und Warschau sondiert, und schließlich vermisste er auch noch ein «ostpolitisches Gesamtkonzept». Sehr weit war er damit den grundsätzlichen Widersachern der Brandt-Politik entgegengekommen.

In dieser Fraktion musste Novize Richard von Weizsäcker seine Rolle finden. Neugierig verfolgten wir jungen Journalisten, wie er den vertrackten Balanceakt absolvieren würde. Ohnehin betrachtete man das Parlament zu der Zeit durchaus noch als Bühne der Nation. Angenehm hob sich tatsächlich Weizsäckers erste Rede zur Ost- und Deutschlandpolitik von den überwiegend stereotypen oder zwiegespaltenen Beiträgen aus den Reihen der Unionsfraktion ab. Von Brandt wollte Weizsäcker genauer wissen, was er meine, wenn er einen «radikalen Bruch mit der Vergangenheit» auf Seiten der Christdemokraten vermisse, drängte im Übrigen jedoch auf Zusammenarbeit, mahnte Informationen an und machte am Ende deutlich, dass in der Sache weitgehend Übereinstimmung herrsche.

«Ungefähr ein Lichtjahr» betrage die Entfernung zwischen Weizsäcker einerseits sowie den Debattenbeiträgen von Franz Josef Strauß und Kurt Georg Kiesinger andererseits, zollte der begnadete Parlamentarier, der Liberale Karl Moersch, in seiner Entgegnung dem Neuling in schwäbischer Solidarität Respekt. Besonders aufgefallen war ihm, dass er von der Einheit der Nation, nicht aber von staatlicher Einheit gesprochen hatte. Moersch hatte genau zugehört.

Weizsäckers weitere Debattenbeiträge im Parlament erwiesen sich bald als kleine Glanzstücke, immer hatte er seine Minderheitsposition diplomatisch auszutarieren, ohne sie zu verstecken. Es klang, als argumentiere er mit Sozialdemokraten und Liberalen. Sein heimlicher Adressat war jedoch in erster Linie das eigene Lager. Also insistierte er tatsächlich vor allem auf der Einheit der «Nation» und bestand darauf, von Ostberlin offen «Selbstbestimmung» anzumahnen, während er sich zugleich einer Rückkehr in die Schützengräben der alten Nicht-Anerkennungs- und Junktimspolitik widersetzte.

Wirklich schwer machte Weizsäcker es den sozialdemokratischen Entspannungspolitikern mit dem Vorbehalt, die SED-Herren in Ostberlin fühlten sich von ihnen eher gestärkt als unterminiert. Auf die Weise hatte sich selten jemand mit Bahrs «Wandel durch Annäherung» auseinandergesetzt. Lenin habe gesagt, lautete Weizsäckers Argument, dass jede herrschende Klasse nur nach erbittertem Widerstand ihren Platz räume. Er habe damit die Kapitalisten gemeint. Aber seine Wahrheit gelte auch für Kommunisten und nicht zuletzt für die SED. Ein ewiges SED-Regime wünschten sie den Landsleuten wahrlich nicht, fuhr er fort. Dennoch müsse man sich vor Augen führen, dass eine Verwandlung der inneren Verhältnisse nicht von außen zu erreichen sei, «weder durch *containment* noch durch *roll back*, aber erst recht nicht durch das, was man drüben nun einmal als die gefährlichste und die raffinierteste Form eines Veränderungsversuchs von außen betrachtet, nämlich den Weg des Wandels durch Annäherung der freiheitlichen Sozialdemokraten.»²

Willy Brandts Vorwurf an die Adresse der Opposition, sie spiele in Wirklichkeit «mit der Gefahr einer Isolierung der Bundesrepublik», wovor bereits Adenauer und Bismarck gewarnt hätten, war nicht polemisch gemeint, er traf zu. Weizsäcker war das klar, denn beflügelt wurde bereits die Ostdenkschrift davon,

dass Amerika und Frankreich sich intensiv um Entspannung bemühten. Weizsäcker behandelte die Koalitionspolitiker daher wie zerbrechliches Gut – sie brauchten jede Stimme. Und er hatte den Ton gefunden, wie man Kooperation in den nationalen Fragen mit intelligenten Einwänden verknüpfen konnte. Sein diskursives Talent passte ins Parlament dieser Streit-Jahre.

Seine Grundüberzeugung, die er in vielen Redebeiträgen zusammenraffte und die man fast Weizäckers wahre Handlungsmaxime nennen könnte, lautete: «Neben unserem elementaren Verlangen nach Einheit waren wir im Sinne eines gesamteuropäischen Entspannungsprozesses von der ausschlaggebenden Bedeutung überzeugt, wie sich die beiden Teile Deutschlands zueinander und nach außen verhielten. Die Bundesrepublik war der Osten des Westens geworden, die DDR der Westen des Ostens. Trotz dieser doppelten Randlage blieb Deutschland von den Bedingungen seiner Lage in der Mitte geprägt. Die Mitte war geteilt, aber sie blieb Mitte und hatte als solche ihr Interesse und ihre Verantwortung für ganz Europa. Der Gedanke an unsere eigene Einheit wäre ohne eine friedliche Entwicklung auf dem Kontinent rings um uns herum völlig unrealistisch geblieben.»³

Insgeheim wünschte Rainer Barzel der Weizsäcker-Linie Erfolg, verbarg das aber auch weiterhin in seiner seltsam pathetischen Suada. In seinen Memoiren schilderte Weizsäcker, wie er versucht habe, dem Fraktionschef in dessen verzweifelter Lage zwischen eigener Überzeugung und aufgeheizter Mehrheitsstimmung zu helfen.

Seit Wochen spitzte sich der Konflikt in der Unionsfraktion zu. Im Bundestag hatten die «Überläufer», vor allem aus den Reihen des nationalliberalen Flügels der FDP, aber auch Sozialdemokraten, zu einem langsamen Abschmelzen der Regierungsmehrheit geführt. Für den Februar 1972 war die erste Lesung der Ostverträge angesetzt, Barzel hatte für die Christdemokraten ein

«Jetzt nicht» und «So nicht» angekündigt – die Union vermochte nicht über ihren Schatten zu springen. Also spielte er auf Zeit.

Dass Außenpolitik Sache der Exekutive ist, sei ihm klar gewesen, verteidigte Weizsäcker später seinen Fraktionschef, und auch, dass die Westmächte Brandts Kurs sanktioniert hatten. Die Verhandlungen über ein Berlin-Abkommen, das sie direkt betraf, waren noch in vollem Gange. Weizsäcker sprach in der Debatte vage davon, der französische Präsident Georges Pompidou habe die Bundesregierung gelobt, weil sie die DDR anerkenne, und es sei egal, unter welchem genauen Etikett das geschehe – ob er dies Brandt anlastete oder ihn letztlich unterstützen wollte, ging daraus nicht recht hervor.

Überraschend eindeutig stellte sich der christdemokratische Veteran Gerhard Schröder, Außenminister zu Adenauers Zeiten, 1968 Weizäckers interner Konkurrent bei der Nominierung als Präsidentschaftskandidat, schon in der ersten Lesung auf die Seite der Unionsmehrheit und lehnte die Verträge strikt ab.

Für den Mai 1972 waren die zweite und dritte Lesung anberaumt. Die sozialliberale Koalition hatte bei der baden-württembergischen Landtagswahl sogar ihre Mehrheit im Bundesrat eingebüßt. Im Bundestag führten die zahlreichen Mandatswechsel dazu, dass die ursprüngliche Mehrheit von zwölf Stimmen (254 zu 242) endlich in ein Stimmenpatt mündete. Das Schicksal der Ostpolitik lag damit in den Händen der Christdemokraten. So hatte Weizsäcker sich das freilich nicht erträumt.

Und Franz Josef Strauß, der starke Mann der CSU, bekämpfte nicht nur die Vertragspolitik, er bestürmte Barzel, das Patt zu nutzen und die Regierung zu stürzen. Rainer Barzel wiederum glaubte, mit zwei weiteren Überläufern bei einer Abstimmung rechnen zu können. Er plante die Flucht nach vorne, ein Misstrauensvotum gegen Brandt. Was er nicht ahnte – dass er seinen Untergang vorbereitete. Zunächst scheiterte das Miss-

trauensvotum, im Mai verweigerte ihm die Fraktion die geschlossene Gefolgschaft bei der Abstimmung über die Ostverträge, und bei der vorzeitigen Bundestagswahl 1972, die zum Plebiszit für Brandt und seine Ostpolitik wurde, verlor er glatt.

Richard von Weizsäcker war bei diesem Prozedere in eine besonders missliche Rolle geraten. Ihm war bewusst, dass das Misstrauensvotum gegen Brandt auch auf die Ostverträge zielte, die Christdemokraten hatten sich verrannt und wollten sich herauswinden. Dem Kern der Brandt'schen Politik aber stimmte er eindeutig zu.

Vergeblich hatte er im Bundesvorstand gemeinsam mit Hans Katzer und Gerhard Stoltenberg vor dem Versuch gewarnt, den Kanzler zu stürzen. Klar sei: Wenn die deutsche Regierung die Verträge unterschrieben und die ganze Welt sich auf die neue Lage eingestellt habe, dann aber diese Regierung durch ein Misstrauensvotum gestürzt werde, dann stehe die CDU «in einem totalen internationalen Chaos da, für das sie verantwortlich ist». Das Schicksal der Vertriebenen könne nicht der einzige Maßstab für Regierungspolitik sein. Kontrovers sei die Ostpolitik zwar in ihrer Partei, in der Öffentlichkeit werde sie aber zunehmend unterstützt.

Fulminant! Überzeugen aber konnte er die renitente Unionsspitze nicht, die drei blieben abgeschlagen in der Minorität. Weizsäcker ist im Gespräch jedes Detail von damals präsent: Aufgefordert wurde er prompt, sich auch in der Fraktion an der Debatte zu beteiligen, da sein Plädoyer gegen das Misstrauensvotum bekannt geworden sei. Rainer Barzel riet ihm sogar, er müsse zu erkennen geben, dass er überhaupt «der Fraktion angehört». Starker Tobak war das.

Einen Schritt auf die Fraktionsmehrheit ging er mit dem Argument zu, der «Ton der Empörung» in der sozialliberalen



Carl Friedrich und Richard von Weizsäcker: Der acht Jahre ältere Bruder, Atomphysiker und Philosoph, genießt in der Bundesrepublik einen einzigartigen Ruf. Die ungleichen Brüder verstehen sich – mit einigen Ausnahmen.

Koalition darüber sei verfehlt gewesen, dass ein solcher Antrag überhaupt gestellt werden solle, die Verfassung räume der Fraktion das Recht dazu ein. Mit welcher Stimmenzahl ein solcher Beschluss gefasst werde, ändere nichts an der Verfassungslage. Die drei erklärten sich schließlich bereit, mit der Mehrheit zu stimmen. Für viele derjenigen, die bis dahin Weizsäckers An-

strengungen mit Sympathie verfolgten, die Ostverträge zu retten, galt diese Entscheidung jedoch als der Sündenfall.

Sein Bruder und dessen Frau, erinnert Richard von Weizsäcker sich sehr lebendig, hätten «wie viele andere, die mir nahestanden, diese Prozedur zutiefst abgelehnt»: Wenn man für die Anerkennung der Grenze eintrete wie er, könne er sich «auch nicht an einem Versuch beteiligen, denjenigen zu stürzen, der diese Politik durchsetzt», hielt ihm Carl Friedrich in einer brüderlichen Gardinenpredigt vor. «Sehr deutlich war er, und ich habe ihm das übel genommen.» Die kleine Wunde ist, wenn ich es richtig verstehe, zwar verheilt, aber Narben sind geblieben. Etwas «unterentwickelt» sei das Verhältnis des Bruders «zu den real existierenden Abläufen in der Politik» gewesen, aber, fügt er dann immerhin versöhnlich hinzu, «das war das einzige Mal, dass sich das so zeigte zwischen uns».

Hatte er in der politischen Arena eine Konzession an die Hardliner aus taktischen Gründen gemacht und seine eigene Überzeugung verraten? Für Weizsäcker ist die Sache komplizierter. Am 27. April 1972 kam es zur Abstimmung über eine Abwahl Brandts und die Wahl Barzels als Nachfolger. Zwei Stimmen fehlten, Barzel hatte – wie Scheel ihm richtig prophezeite – auf «Sand gebaut».

Noch immer aber waren die Ostverträge nicht im Trocknen. Im Bundestag herrschte weiter Patt – trotz des gescheiterten Misstrauensvotums gab es auch keine Mehrheit für Brandt. Um diese Verträge, einschließlich des Grundlagen-Vertrags mit der DDR und dem Berlin-Abkommen, sei es doch letztlich gegangen, meint Weizsäcker, und dazu steht er auch im Rückblick. Aus seiner vernichtenden Niederlage zog Barzel die Konsequenz, auf Brandt zuzugehen und ihm zu versichern, er wolle helfen, die Verträge zu retten, und sei es durch Stimmenthaltung seiner Fraktion. Brandt solle dafür seinerseits der Union entgegenkommen.

In den *Erinnerungen* Weizsäckers heißt es dazu: «Aufgrund des Patts im Bundestag brauchte die Regierung nur eine einzige zusätzliche Stimme aus den Reihen der Opposition für die Verträge. Sollte diese Stimme meine Rolle sein?»⁴ Das war die Gretchenfrage. In der folgenden Fraktionssitzung der CDU/CSU meldete er sich mit dem Bekenntnis zu Wort, wir bräuchten dringend eine Verständigung mit Polen, die «Territorialverschiebung» sei unabänderlich und müsse anerkannt werden. Was eindeutig hieß, die Grenze müsse anerkannt werden – und die Verträge dürften nicht scheitern.

Nach einer einsamen Heldenrolle habe es ihn nicht verlangt, er sei aber entschlossen gewesen, «das Meinige dazu beizutragen, um die Verträge nicht scheitern zu lassen und zumal dem Warschauer Vertrag zuzustimmen». Mit Fäusten sei er aus der SPD-Fraktion heraus bedroht worden, weil er im Plenum inhaltliche Kritik an den Verträgen übe, aber das war noch harmlos im Vergleich mit der eigenen Fraktion. Einen Tumult löste er dort mit der Ankündigung aus, gemeinsam mit den Kollegen Erik Blumenfeld und Winfried Pinger dem Warschauer Vertrag zuzustimmen. Zum Teufel solle er sich scheren, bekam er zu hören. Ernsthaft erwog er, ob er austreten solle. War er doch in der falschen Partei? Aber es sei ihm noch immer darum gegangen, die Verträge durchzubringen, «ohne ein spektakuläres persönliches Drama zu veranstalten».⁵

Papierkugeln, «und zwar ziemlich harte», trafen ihn, als er in einer letzten Runde in der Fraktion dabei blieb, ja, er werde für den Polen-Vertrag stimmen. Johann Baptist Gradl, der ältere Kollege, hielt ihm entgegen, er verstehe, dass der Moskauer Vertrag ratifiziert werden müsse. Aus seiner Sicht wiederum war das «Haupt-Thema» die Oder-Neiße-Grenze, aber dieses Ziel sei nur über Moskau erreichbar. Für ihn, entgegnete Weizsäcker Gradl, habe hingegen der Warschauer Vertrag Priorität. Die Riege der

Vertragsfreunde schmolz ab von zwanzig auf vier. Walter Leisler Kiep, Norbert Blüm, Olaf von Wrangel und er blieben, die weiter auf Rettung bedacht waren.